



Sessionsrückschau Frühjahrssession 2021– Netzwerk Kinderrechte Schweiz

In der Frühjahrssession wurden zahlreiche Vorstösse behandelt, die die Kinderrechte betreffen:

Im **Nationalrat** befassten sich gleich mehrere Vorstösse mit Kinderrechten. Der Nationalrat beschäftigte sich mit der [Volksinitiative zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung](#). Ein lückenloses Verbot für Tabakwerbung hält eine bürgerliche Mehrheit jedoch für übertrieben und empfiehlt die Tabakwerbeverbotsinitiative mit 96 zu 84 Stimmen bei 7 Enthaltungen zur Ablehnung. Der Ständerat wird seine Abstimmungsempfehlung in den kommenden Monaten treffen. Im Bereich des Jugendmedienschutzes ist der Nationalrat auf die neue Gesetzesvorlage zum [Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele](#) eingetreten. Die Detailbehandlung des Gesetzes wird in der nächsten Session stattfinden. Mit dem Gesetz will der Bundesrat Minderjährige besser vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Schliesslich befasste sich der Nationalrat erneut mit der parlamentarischen Initiative Müller «[Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene](#)», die der Nationalrat in erster Lesung abgelehnt, der Ständerat jedoch angenommen hatte. Der Nationalrat hat die Praxisänderung, wie sie der Ständerat vorgeschlagen hatte, zum zweiten Mal abgelehnt und damit ist sie nun endgültig vom Tisch. Etliche Kantone und auch das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR lehnten die Initiative ab.

Der **Ständerat** befasste sich unter anderem mit zwei Geschäften, die für die Kinderrechte zentral sind: Die Standesinitiative des Kantons Genf fordert das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration dahingehend zu ändern, dass die [Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten](#) ist. Dieser Änderung hat der Nationalrat bereits knapp zugestimmt. Der Ständerat lehnte die Initiative jedoch erneut ab. Gemäss Ständerat sollen die Kantone angehalten werden, die Administrativhaft nur als letztes Mittel und stets verhältnismässig anzuwenden. Infolgedessen ist auch dieser Vorstoss endgültig vom Tisch. Aus Zeitgründen nicht mehr zur Beratung kam die Motion der nationalrätlichen Rechtskommission, die mit einer Anpassung des geltenden Rechts erreichen wollte, dass auch im Ausland geschlossene [Minderjährigenehen ohne Ausnahmen ungültig](#) sind. Der Nationalrat hatte der Motion bereits deutlich zugestimmt. Abgelehnt hat der Ständerat schliesslich auch die Motion der nationalrätlichen Staatspolitischen Kommission, die eine stärkere [Unterstützung von gewaltbetroffenen Geflüchteten in den Bundesasylzentren](#) fordert. Insbesondere, die Knappheit an spezialisierten kinder- und jugendpsychologischen Angeboten hätte damit behoben werden sollen. Die Motion ist somit erledigt.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau). Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



Rückblick auf die relevanten Geschäfte der Frühjahrsession 2021

Geschäft des Bundesrates

20.068

Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung). Volksinitiative

Die Initiative will Werbung für Tabakprodukte, die Kinder oder Jugendliche erreicht, eindämmen. soll Zigaretten-Werbung auf Plakaten im öffentlichen Raum in allen Schweizer Kantonen verboten werden. Auch Kinowerbung, Inserate, Festival-Sponsoring und Online-Werbung für Tabak sollen in Zukunft nicht mehr erlaubt sein. Träger der Initiative sind die grossen Gesundheitsorganisationen, darunter der Verband der Haus- und Kinderärzte Schweiz, die Krebsliga Schweiz, der Schweizerische Apothekerverband, kantonale Lungenligen, der Schweizerische Drogistenverband, die FMH, die Kinderärzte, Lungenfachärzte sowie die Kardiologen. Unterstützt wird die Initiative zudem von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände. Die Gesundheitskommission des Ständerats hat die Entscheidung darüber, ob das die Volksinitiative mit dem aktuell auch in Revision stehenden Tabakproduktegesetz verknüpft werden soll, ausgesetzt. Bereits zur Ablehnung empfohlen haben die Initiative sowohl der Bundesrat als auch die Gesundheitskommission des Nationalrats (mit 17 zu 8 Stimmen).

- Ein lückenloses Verbot für Tabakwerbung hält eine bürgerliche Mehrheit im Nationalrat für übertrieben. Sie empfiehlt die Tabakwerbeverbotsinitiative mit 96 zu 84 Stimmen bei 7 Enthaltungen zur Ablehnung. Trotzdem dürften einige Anliegen des Volksbegehrens umgesetzt werden - auf Gesetzesweg. Die vom Bundesrat erarbeitete Revision des Tabakproduktegesetzes befindet sich im Differenzbereinigungsverfahren zwischen den beiden Räten. Der Ständerat wird seine Abstimmungsempfehlung in den kommenden Monaten treffen.

Geschäft des Bundesrates

20.069

Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Bundesgesetz

Mit dem Gesetz will der Bundesrat Minderjährige besser vor Medieninhalten in Filmen und Videospielen schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Es geht namentlich um Darstellungen von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen. Schweizweit werden alle Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet. Zudem werden auch Anbieterinnen und Anbieter von Plattformdiensten für Videos oder Videospiele (z. B. YouTube, Twitch) in die Pflicht genommen. Die Systeme zur Altersklassifizierung und die Regeln zur Alterskennzeichnung sowie zur Alterskontrolle sollen von den Akteurinnen und Akteuren im Film- und Videospielebereich entwickelt werden. Sie müssen sich zu diesem Zweck zu Jugendschutzorganisationen zusammenschliessen und eine Jugendschutzregelung erarbeiten, die sie dem Bundesrat zur Verbindlichkeitserklärung vorlegen. Die Bildungskommission des Nationalrats hat die Vorlage mit 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Nationalrat behandelt das Geschäft zum ersten Mal.

- Der Nationalrat tritt mit 115 zu 69 Stimmen bei 2 Enthaltungen auf das neue Gesetz ein. Die Detailberatung musste aus Zeitgründen verschoben werden und folgt in der nächsten Session.

Parlamentarische Initiative Kessler Margrit Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

15.434

Die Initiative verlangt, dass das Erwerbsersatzgesetz und das Obligationenrecht so angepasst werden, dass bei einem Todesfall der Mutter innerhalb von 14 Wochen nach der Geburt der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen vollumfänglich dem Vater gewährt wird. Der Initiative wurde bereits Folge gegeben.

- Der Nationalrat beschliesst eine Fristverlängerung bis zur Frühjahrsession 2023.



Parlamentarische Initiative Müller Philipp

16.403

Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene

Die rechtlichen Grundlagen sind so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Ein Hinderungsgrund, diesen Status unbürokratisch anwenden zu können, ist der umfangreiche Familiennachzug, welcher in jedem Fall zugestanden würde (siehe Stellungnahme des Bundesrates auf die Motion 15.3801). Daher erleichtert eine Angleichung der Regelung zum Familiennachzug für Schutzbedürftige an die Regelung bei vorläufig Aufgenommenen die Anwendung des S-Status. Durch diese Änderung würde keinem Asylsuchenden sein Recht auf Familiennachzug eingeschränkt. Die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative zugestimmt. Der Ständerat hiess mit 26 zu 14 Stimmen die Anpassung des Asylgesetzes gut, die seine Staatspolitische Kommission (SPK) ausgearbeitet hatte. Der Nationalrat ist jedoch mit 112 zu 78 Stimmen bei einer Enthaltung nicht auf den Vorstoss eingetreten. Etliche Kantone und auch das Uno-Flüchtlingswerk UNHCR lehnten diese Neuerung ab.

- Der Nationalrat hat die Praxisänderung, wie sie der Ständerat wollte, zum zweiten Mal abgelehnt. Die grosse Kammer folgte der knappen Mehrheit ihrer Staatspolitischen Kommission (SGK-N) und trat nicht auf einen Gesetzesentwurf ein. Der Entscheid fiel mit 110 zu 81 Stimmen. Mit dem neuerlichen Nein ist die Vorlage vom Tisch.

Parlamentarische Initiative Aebischer Matthias

17.412

Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

Die Initiative verlangt, die Zielgruppe von Kindern von 0 bis 4 Jahren in das bestehende Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) aufzunehmen. Die Kommission war der Initiative zuerst wohlgesinnt, jedoch gab es auch kritische Stimmen. Insbesondere bestand Unklarheit, welche Angebote im Vorschulbereich über das KJFG gefördert werden könnten. Zudem war unklar, ob die finanziellen Mittel des heute auf rund 10 Millionen Franken beschränkten KJFG-Fördertopfs ausgeweitet würden oder ob letztlich nur die Anzahl anspruchsberechtigter Akteure, nicht jedoch das zur Verfügung stehende Geld zunehmen würde. Vor diesem Hintergrund lehnte es die WBK-NR im Februar 2019 die Initiative knapp ab. April 2019 wurde dieser Entscheid revidiert und die WBK-NR sprach sich für eine Umsetzung aus. Die Kommission möchte nun, dass der Bund die Kantone mittels befristeten Anschubfinanzierungen im Bereich der frühkindlichen Förderung unterstützt (befristet auf 10 Jahre, pro Jahr können max. 4 Kantone Finanzhilfen in der Höhe von 100'000 CHF während drei Jahren beziehen). Der Nationalrat folgt mit 109 zu 75 Stimmen bei vier Enthaltungen dem Entwurf seiner Bildungskommission und lehnt den Minderheitenantrag ab, der mehr finanzielle Mittel für die Unterstützung der Kantone beantragte.

Der Ständerat stimmt mit 24 zu 18 Stimmen für ein Nichteintreten und lehnt mit 25 zu 16 Stimmen auch die dazugehörige Finanzierung ab. Das Geschäft geht nun wieder zurück an den Nationalrat.

- Die Beratung der parlamentarischen Initiative wurde verschoben.

Motion Wüthrich Adrian

19.3189

Einheitliche Regeln für den privaten Unterricht (Homeschooling)

Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen Mindestanforderungen festzulegen, nach welchen Eltern ihre Kinder im schulpflichtigen Alter privat, zu Hause unterrichten dürfen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses.

- Der Vorstoss wird abgeschrieben, weil er nicht innerhalb von zwei Jahren behandelt worden ist.

Motion Wüthrich Adrian

19.3190

Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Chancengerechtigkeit der Kinder

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden ein flächendeckendes, kohärentes und von den Eltern bezahlbares, qualitativ gutes familienergänzendes Kinderbetreuungsangebot für Kinder ab Alter drei Monate bis Ende der obligatorischen Schulzeit zu schaffen. Er beantragt dem Parlament, ein unbefristetes Gesetz ab 1. Februar 2023 einzuführen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Der Nationalrat lehnt die Motion mit 98 zu 85 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Das Geschäft ist somit erledigt.



Motion Reynard Mathias

19.3197

Förderung des Zugangs zu Verhütungsmitteln für junge Menschen

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Gesetzesänderungen auszuarbeiten, um jungen Menschen bis 25 die vollumfängliche Rückerstattung aller Verhütungsmittel sowie der gynäkologischen Beratungen und Untersuchungen zu ermöglichen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Der Nationalrat lehnt die Motion mit 121 zu 68 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Motion Addor Jean-Luc

19.3310

Steuerliche Anreize für eine familienfreundliche Politik, die diesen Namen verdient

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen vorzuschlagen, die sich eignen, um unter Wahrung der kantonalen Kompetenzen eine ambitionierte Familienpolitik zu verwirklichen, die - nach dem Modell der ungarischen und der italienischen Politik - die Geburtenrate fördert. Der Bundesrat lehnt eine nationalistische Familienpolitik nach dem Modell Ungarns oder Italiens, die unmittelbar auf die Erhöhung der Geburtenrate abzielt, ab. Eine solche ist mit dem individuellen Recht einer jeden Person, frei über die Familiengründung und -grösse zu entscheiden, nicht vereinbar.

- Der Nationalrat lehnt die Motion deutlich mit 160 zu 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Motion Kiener Nellen Margret

19.3373

EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche die rechtliche und wirtschaftliche Schlechterstellung der Mütter gegenüber den Dienstleistenden bei der EO aufhebt, insbesondere die Schlechterstellung der Mütter beim Höchstbetrag der Entschädigung pro Tag (Erwerbsersatzgesetz, EOG; SR 834.1). Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Der Nationalrat stimmt der Motion mit 132 zu 52 Stimmen bei 7 Enthaltungen zu. Frauen sollen bei Mutterschaft von der Erwerbsersatzordnung gleich hoch entschädigt werden wie Militärdienstleistende. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Motion Tornare Manuel

19.3401

Verbindliche Einführung des Ampelsystems Nutri-Score auf den Verpackungen und in der Werbung für industriell gefertigte Produkte

Der Bundesrat wird beauftragt, die allgemeine Pflicht einzuführen, das Ampelsystem Nutri-Score auf den Verpackungen sämtlicher industriell gefertigter Produkte anzubringen und in der Werbung für solche Produkte anzuzeigen. Begründet wird der Vorstoss damit, dass in der Schweiz eines von fünf Kindern an Übergewicht oder Fettleibigkeit leidet. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Der Motionär hat die Motion zurückgezogen.

Motion Barrile Angelo

19.4290

Medizinische Leistungen für alle Kinder!

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) so anzupassen, dass für Kinder und minderjährige Personen der Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleistet bleibt, auch wenn ihre Eltern der Zahlungspflicht der Krankenkassenprämien nicht nachkommen.

Der Bundesrat empfiehlt die Annahme dieser Motion. Der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen. Ebenfalls für die Motion ausgesprochen hat sich die Gesundheitskommission des Ständerats.

- Der Ständerat überweist die Motion ebenfalls. Damit sollen Kinder künftig nicht mehr darunter leiden, wenn ihre Eltern die Krankenkassenprämien nicht bezahlt haben. Sie sollen weiterhin uneingeschränkten Zugang zu medizinischen Leistungen haben. Eine gesetzliche Vorlage dazu wird nun ausgearbeitet.



Motion Müller Damian

19.4404

Assistenzhunde auch für kranke Kinder und Jugendliche

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Entwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Invalidenversicherung (IV) auch für kranke Kinder und Jugendliche Assistenzhunde wie beispielsweise Epilepsie-Begleithunde bezahlt. Der Anspruch auf einen Assistenzhund ist heute beschränkt auf körperbehinderte Erwachsene, die eine Entschädigung für eine Hilflosigkeit mittleren oder schweren Grades beziehen und zu Hause wohnen. Assistenzhunde werden durch die Invalidenversicherung (IV) teilfinanziert. Der Pauschalbeitrag von 15 500 Franken entspricht rund 50 Prozent der Kosten eines Assistenzhundes während 8 Jahren.

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, der Ständerat hat bereits zugestimmt.

- Der Nationalrat stimmt der Motion ebenfalls. Künftig wird die Invalidenversicherung auch für Kinder und Jugendliche Beiträge für Assistenzhunde bezahlen. Bisher war dies nur für Erwachsene der Fall.

Motion RK-NR

20.3011

Kinder- und Minderjährigenehen nicht tolerieren

Der Bundesrat wird beauftragt, Art. 105 Ziff. 6 Zivilgesetzbuch (ZGB) wie folgt anzupassen: Art. 105 Ziff. 6 ZGB (neu): Ein Ungültigkeitsgrund liegt vor, wenn: Ziff. 6. zur Zeit der Eheschliessung einer der Ehegatten minderjährig war. Seit 2015 hat die Kinderheirat in Europa eine neue Dimension erreicht. Aufgrund der ansteigenden Zahlen haben verschiedene europäische Länder die Rechtslage angepasst. In der Schweiz gilt seit 1996 ohne Wenn und Aber 18 als das Ehefähigkeitsalter. Dies sollte auch auf die ausländischen Minderjährigenehen angewendet werden.

Der Nationalrat stimmt der Motion mit 150 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu. Nun muss der Ständerat über die Motion befinden.

- Die Motion wurde aus Zeitgründen während der Frühjahressession nicht behandelt.

Motion Carobbio Guscetti Marina

20.3423

Es braucht Sofortmassnahmen, um dem Armutsrisiko entgegenzuwirken, das infolge der gesellschaftlichen Krise entstanden ist, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde

Der Bundesrat wird beauftragt, umgehend mit einem Massnahmenpaket auf die Coronakrise zu reagieren, um das Armutsrisiko und die Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu verringern. In Bezug auf die Kinderrechte ist vor allem der Vorschlag relevant, Direktzahlungen für Familien zu prüfen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Der Ständerat lehnt die Motion mit 28 zu 14 Stimmen ab. Damit ist der Vorstoss erledigt.

Motion SPK-NR

20.3924

Unterstützung von gewaltbetroffenen Geflüchteten in den Bundesasylzentren sicherstellen

Der Bundesrat wird beauftragt, die fachliche Unterstützung im Bereich Opferidentifikation und Betreuung für gewaltbetroffene, traumatisierte Geflüchtete in den Bundesasylzentren und den Zugang zu externen Angeboten auszubauen, und dabei sicherzustellen, dass die Knappheit an spezialisierten psychologischen und insbesondere kinder- und jugendpsychiatrischen Angeboten behoben wird. Eine Minderheit der Kommission beantragt die Ablehnung dieser Motion, ebenso der Bundesrat. Aus seiner Sicht wird den bekannten Versorgungslücken bereits mit geeigneten Massnahmen entgegengewirkt. Der Nationalrat stimmt der Motion zu.

- Im Gegensatz zum Nationalrat lehnt der Ständerat die Motion ab. Das Geschäft ist somit erledigt.



Motion SPK-NR

20.3925

Keine Lehrabbrüche nach langen Verfahren. Rückkehrhilfe durch den Abschluss einer bereits begonnenen Lehre bei einem negativen Asylentscheid

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen und die aktuelle Praxis dahingehend anzupassen, dass Asylsuchende, welche mit einem Lehr- oder Ausbildungsvertrag ausgestattet sind und im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, bei einem negativen Asylentscheid vor der Rückkehr ins Herkunftsland ihre berufliche Grundbildung mittels einer verlängerten Ausreisefrist in der Schweiz weiterführen und abschliessen können. Eine Minderheit der Kommission beantragt, die Ablehnung dieser Motion, ebenso der Bundesrat. Der Nationalrat stimmt der Motion zu. Nun befindet der Ständerat darüber.

- Im Gegensatz zum Nationalrat lehnt der Ständerat die Motion ab. Das Geschäft ist somit erledigt. Begründet wird der Entscheid mit der Revision des Asylgesetzes von 2019, mit die Problematik erledigt sein sollte.

Motion Herzog Eva

20.4463

24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention

Der Bundesrat wird beauftragt, ein schweizweites professionelles 24h-Beratungsangebot (sowohl telefonisch wie auch Online) für Opfer von Gewalt und davon mitbetroffenen Personen einzurichten oder dieses schweizweit zu koordinieren. Es muss die Anforderungen von Artikel 24 der Istanbul-Konvention erfüllen, für alle Betroffenen leicht zugänglich sein und in der Bevölkerung breit bekannt gemacht werden. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen der Motion. Die Zuständigkeit für die Errichtung eines solchen Beratungsangebots liegt jedoch bei den Kantonen. Sofern die Kantone gewillt sind, ein solches Angebot aufzubauen, ist der Bundesrat bereit, dabei eine koordinierende Rolle zu übernehmen.

- Der Ständerat stimmt der Motion zu, der Vorstoss geht nun an den Nationalrat.

Motion François Olivier

20.4573

Führerausweis ab 16 Jahren für vierrädrige Leichtmotorfahrzeuge

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 6 der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) dahingehend zu ändern, dass das Führen von vierrädrigen Leichtmotorfahrzeugen mit einer Höchstgeschwindigkeit von maximal 45 km/h ab 16 Jahren erlaubt ist. Dies, damit die für die verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer geltenden Vorschriften besser aufeinander abgestimmt sind und sich die Schweizer Regeln denjenigen der Nachbarländer annähern.

- Der Ständerat stimmt der Motion zu, der Vorstoss geht nun an den Nationalrat.

Postulat WBK-NR

20.4343

Stärkung der Nationalen Strategie Sucht durch den Einbezug der Cyberabhängigkeit

Der Bundesrat wird ersucht, im Rahmen der Nationalen Strategie Sucht ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der verschiedenen Formen von Cyberabhängigkeit zu erarbeiten. Die gemeinsam mit den Kantonen, den im Bereich der Prävention tätigen Vereinen und den sonstigen Akteuren dieses Sektors erarbeiteten Massnahmen decken die folgenden Bereiche der Suchtbekämpfung ab: Bildung, Prävention, Behandlung und Risikoverminderung. Das Geschäft wird zusammen mit dem Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele beraten.

- Die Motion wurde aus Zeitgründen während der Frühjahressession nicht behandelt.

Postulat WBK-NR

21.3005

Jugend und gesunde Ernährung durch verstärkte Koordination und Kommunikation stärken

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche nationalen und kantonalen Angebote im Bereich "Jugend und Ernährung" bestehen, wie diese finanziert werden und an welche Zielgruppe sie sich wenden. Weiter soll der Bericht Angebotslücken eruieren und Massnahmen zur besseren Koordination und Kommunikation der Angebote aufzeigen, zum Zweck einer Strategie für eine nachhaltige Ernährung.

- Die Motion wurde aus Zeitgründen während der Frühjahressession nicht behandelt.



Standesinitiative GE

18.321

Stopp der Administrativhaft für Kinder!

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG; SR 142.20) dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist.

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates spricht sich dagegen aus, die Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten zu verbieten, wie dies eine Standesinitiative des Kantons Genf fordert. Vielmehr sollen die Kantone angehalten werden, die Administrativhaft nur als letztes Mittel und stets verhältnismässig anzuwenden. Auch die nationalrätliche Staatspolitische Kommission des Nationalrats sprach sich mit 14 zu 8 Stimmen gegen die Standesinitiative aus, der Nationalrat stimmte der Initiative jedoch knapp zu.

- Im Gegensatz zum Nationalrat lehnt der Ständerat die Standesinitiative erneut ab. Die Initiative ist damit erledigt.